



Jagd und Forst

Aiwanger: "Die gezielte Erlegung von Problemwölfen muss Normalität werden – günstiger Erhaltungszustand muss festgestellt werden"

30. August 2024

MÜNCHEN In der Hohen Rhön in Unterfranken wurde diese Woche eine Wölfin abgeschossen. Grundlage war eine artenschutzrechtliche Außnahmegenehmigung durch die Regierung von Unterfranken. Der bayerische Jagdminister Hubert Aiwanger steht hinter der Entscheidung der Regierung von Unterfranken, den Abschuss auf Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes zu erlauben: „Deutschland hat mit rund 2.000 Wölfen die höchste Wolfsdichte weltweit und zunehmende Probleme mit Wolfsrissen bei Weidetieren. Die gezielte Erlegung von Problemwölfen muss deshalb genauso Normalität werden wie in vielen anderen Ländern. Die Bundesregierung muss endlich den günstigen Erhaltungszustand des Wolfes feststellen, der ja in der Realität längst erreicht ist. Dann wird das Bestandsmanagement einfacher, unbürokratischer und der erbitterte Streit um Wolfsabschüsse verliert an Schärfe. Wir müssen beim Wolf zur selben Normalität kommen wie beim Biber. Auch dort gab es vor 20 Jahren dieselbe Auseinandersetzung wie heute beim Wolf. Seit Problembiber unbürokratisch über die Landratsämter zum Fang oder Abschuss freigegeben werden können, ist dieser öffentliche Streit ziemlich beendet. Auch der Tierart Wolf nutzt eine gezielte Bejagung mehr als ein Totalschutz. Wenn verhaltensauffällige Wölfe, die die Scheu vor Menschen verloren haben oder an Krankheiten wie der Räude leiden, unaufgeregt entnommen werden können, ist die Population insgesamt stabiler und gesünder. Und auch betroffene Berufsgruppen wie Weidetierhalter akzeptieren den Wolf grundsätzlich eher, wenn übergriffige Tiere schnell erlegt werden dürfen, als wenn sie mit ihren Problemen alleine gelassen werden. Insofern war es richtig, dass dieser Wolf in der Rhön erlegt werden durfte.“

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

